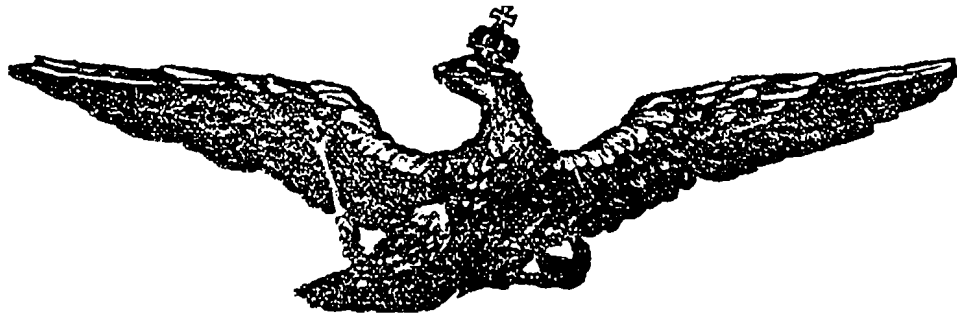


# Teltomer Kreisblatt.



Ersteinst  
Dienstag, Donnerstag und  
Sonnabends.  
Abonnementspreis 1 Mark 25 Pf.  
pro Quartal.  
Abonnements werden von sämtlichen  
Post-Anstalten, Briefträgern und den  
Konten im Kreise angenommen.

Inserate  
werden in der Expedition:  
Berlin W. Potsdamer Straße 26 b.  
sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus  
und den Agenturen im Kreise angenommen.  
Preis der einfachen Petit-Zeile  
oder deren Raum 20 Pfennige.

No. 145.

Berlin, den 12. Dezember 1885.

30. Jahrg

## Abonnements-Einladung.

Wir bitten unsere verehrten Leser beim bevorstehenden Quartalswechsel die Erneuerung des Abonnements auf das 1. Quartal 1886 (Preis 1 Mark 25 Pf. excl. Bringerlohn) recht bald bei den Kaiserlichen Postanstalten, den Landbriefträgern oder unseren Expeditoren bewirken zu wollen, damit in der regelmäßigen Zustellung des Blattes keine Unterbrechung stattfindet.

## Die Expedition.

## AMMERS.

Berlin, den 9. Dezember 1885.

## Bekanntmachung.

Die behufs Vornahme der Reichstags-Abgeordneten-Ergänzungswahl im Wahlverbaude der größeren ländlichen Grundbesitzer und Gewerbetreibenden des Kreises Teltow aufgestellte Wählerliste liegt am Montag, den 14. Dezember 1885 während der Dienststunden in meinem Bureau, Köpenickerstraße 24 hier selbst zur Einsicht aus.

Der königliche Landrath des Teltow'schen Kreises.  
Stubentrauch.

## AMMERS.

Kaiser Kaiser ließ sich am Mittwoch Vormittag vom Hofmarschall Grafen von Bismarck begleiten und arbeitete in der längeren Zeit mit dem Chef des Civilcabinetts, kaiserlichen Geheimen Rath v. Wilmowski. Nachmittags unternahm Se. Majestät, begleitet vom dienstthuenden Stiefel-Adjutanten Oberst v. Bismarck, eine Spazierfahrt und empfing darauf den russischen Vortragsführer Grafen Schadow. Am Donnerstag arbeitete der Kaiser, nachdem der Hofmarschall Grafen von Bismarck entgegengekommen hatte, mit dem Chef des Civilcabinetts, kaiserlichen Geheimen Rath v. Wilmowski, und unternahm am Nachmittag, vom dienstthuenden Stiefel-Adjutanten begleitet, eine Spazierfahrt durch den Tiergarten.

Kaiser Kronprinz begab sich Dienstag Vormittag in die Wohnung des Professors Menzel, um demselben persönlich seine Glückwünsche darzubringen. Eräter waren die kaiserlichen Herrschaften zu der offiziellen Jubiläumfeier im Gebäude der kgl. Akademie erschienen. Nach der Rückkehr von dort nahm der Kronprinz militärische Meldungen, sowie mehrere Vorträge entgegen und ertheilte Audienzen. Abends besuchten die kaiserlichen Herrschaften mit der Prinzessin Viktoria die Vorstellung im Opernhaus. Am Mittwoch empfing der Kronprinz den Dienstmann in der russischen Garde-artillerie, Grafen v. Schadow, und nahm später mehrere Vorträge und militärische Meldungen entgegen. Nachmittags fand bei den kaiserlichen Herrschaften ein großes Dinner und am Abend eine Soirée statt.

Kaiserin Kaiserin unternahm am Donnerstag Vormittag eine Fahrt nach dem Augusta-Hospital und wohnte daselbst einer Sitzung des Frauen-Vereins bei.

Der Bundesrath hat in seiner Plenarsitzung am Donnerstag den Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit der dominikanischen Republik und den Entwurf eines Gesetzes über die Bürgerschaft des Reichs für die Provinz von Ägypten, welche an die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Der Gesetzentwurf über den Nord-Ostsee-Kanal wurde einstimmig unverändert angenommen.

Das Präsidium des Reichstages wird am nächsten Sonntag von Ihrer Majestät der Kaiserin empfangen werden.

Die Beziehungen Deutschlands zu den auswärtigen Mächten nehmen einen erfreulichen Fortgang. So ist u. a. das abschließende Protokoll über den deutsch-russischen Handelsvertrag am Montag in Konstantinopel unterzeichnet worden. Ferner verdient anerkannt zu werden, daß der Sultan von Sansibar, nachdem er wohl Grund gehabt hatte, über das Vorgehen der Ostafrikanischen Gesellschaft einige Verstimmungen zu empfinden, jetzt, nachdem die Missverständnisse in befriedigender Weise aufgeklärt worden sind, seinerseits große Bereitwilligkeit zeigt, freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Sansibar herzustellen. Dies ist namentlich hervorgerufen durch die Verhandlungen über den zwischen Deutschland und Sansibar abzuschließenden Handelsvertrag, und zeigt sich auch in der lebenswürdigen Aufnahme, welche der Sultan unserem Gesandten, dem Admiral Knorr und anderen Offizieren der kaiserlichen Marine hat zu Theil werden lassen.

Der neue Erzbischof von Köln, Dr. Krumpholtz, hat jetzt seine bisherige Diözese Ermland verlassen, sich zunächst in Berlin beim Kaiser und der Kaiserin, dem Fürsten Bismarck und dem Herrn Kultusminister von Goltz vorgestellt und wird am 14. d. M. in Köln einziehen, woselbst am 15. die feierliche Inthronisation stattfindet. Am selben Tage findet in der Hauptstadt der Diözese Ermland, Frauenburg, die Wahl seines Nachfolgers in bisheriger Ämte statt.

Von den preussischen Provinzial-Kontenbanken sind seit ihrem Bestehen bis zum 1. Oktober 1885 Kontenbriefe im Ganzen ausgegeben für 465,349,755 Mk., davon sind ausgeliefert 100,543,755 Mk. Wäthun sind am 1. Oktober 1885 noch unverloost im Umlauf gewesen 364,806,000 Mk.

Im Elsaß wird immer mehr das Bestreben der deutschen Regierung, der Landwirtschaft wo nur immer zu helfen, erkannt, die Regierung ist bemüht, die Heilung der Wasserhältnisse möglichst so zu gestalten, daß die Landwirtschaft keinen Schaden, sondern nur Vortheil davon hat. So ist bereits unendlich viel geschehen, um der Verwüstung der Aelder durch Ueberschwemmungen vorzubeugen, einestheils durch Aufregulirungen und Erhebung von Dämmen, anderstheils durch Aufführung kahler Berge. Freilich sind die zu Gebote stehenden Mittel etwas knapp, und es stehen leider auch die vorhandenen Weidgerechtigkeiten und die durch deren Abwägung erscheidenden Kosten einer umfassenden Wiederbewaldung entgegen, aber es wird gethan, was möglich ist. Uebrigens ist Elsaß-Vorhaben hinsichtlich des Waldbestandes besser daran, als die meisten Länder Deutschlands, derselbe beträgt hier 30,8 pCt., in ganz Deutschland dagegen nur 25,6 pCt. Immerhin erweist es, da die Bäume ein im Sommer verhältnismäßig wasserarmes Gebirge sind, durchaus wünschenswerth, daß für die Erhaltung der Quellen im weiten Umfang durch Bewaldung kahler Stellen gesorgt werde. Damit die Landwirtschaft beständig genügendes Wasser zur Bewässerung der Weiden hat, wodurch der Ertrag an Heu und Gerannt um das Doppelte und Dreifache gesteigert werden kann, ist die Regierung darauf bedacht, die bereits im Elsaß angelegten Reservoire zu vermehren. Diese Reservoire werden im Frühjahr beim Schmelzen des Schnees, oder bei reichlichen Niederschlägen gefüllt und speisen während der kalten Jahreszeit die Gebirgsbäche. So enthalten z. B. zwei im Thale der Weiß angelegte Reservoire eine abzugebende Wassermenge von über 3 Millionen Kubikmeter.

Im ungarischen Reichstag steht gegenwärtig ebenfalls die Verlängerung der Mandatsdauer bis zu fünf Jahren auf der Tagesordnung. Diese griff schon am ersten Tage mit einer kräftigen Polemik in die Debatte ein. Er stellte auch eine Revision der Verfassung in Aussicht. Die öffentliche Meinung scheint vollständig für die Vorlage gestimmt zu sein. Das Land hat noch andere Aufgaben, als stets neue Wahlkationen zu erwidern. So heftige Kämpfe vor einigen Jahren eine ähnliche Reform hervorgerufen hätte, so geringe prinzipielle Bedenken werden ihr heute entgegengebracht.

In Spanien scheint das konservative, besonnene Element doch nach und nach die Oberhand zu gewinnen. So hat eine in Madrid tagende Versammlung ansehnlicher konservativer Führer und Notabeln beschlossen, alle Maßnahmen der Regierung, welche darauf gerichtet sind, die Ruhe in Spanien aufrechtzuerhalten, zu unterstützen.

Zwischen Serbien und Bulgarien ist die Entscheidung immer noch nicht gefallen, doch neigt sich das Ringlein der Waage entschieden nach der friedlichen Seite hin. Aus Belgrad wird gemeldet und versichert, die serbische Regierung habe beschlossen, auch in dem Falle eines eventuellen Scheiterns der Waffenstillstands-Verhandlungen aus Achtung vor dem Willen der Großmächte die Offensive ihrerseits nicht zu ergreifen. Die Mächte haben einen starken Druck auf die Aenderung behufs Abschlußes des Friedens mit Bulgarien ausgeübt, der König soll versichert haben, daß Serbien keinesfalls angreifen werde, jedoch die bestimmte Sicherung des status quo ante erwarte. — Es ist augenscheinlich, daß Serbien allein im Zustandekommen des Friedens noch hindert, und zwar in der vorliegenden Hoffnung, dass Serbien werde es unter allen Umständen unterstützen. Graf Radowitz hat jedoch inzwischen die Erklärung abgegeben, daß König Milica sich darin im Irrthum befindet, und — wohl oder übel, — wird ihm nichts übrig bleiben, als müthig zurückzuweichen d. h. nachzugeben, wenigstens besagt ein aus Belgrad eingetroffenes Telegramm, daß dort die Stimmung umzuschlagen anfängt und das Publikum sich bereits mit dem Gedanken eines Friedensschlusses zu betheiligen beginnt. Alles das sind Symptome, welche der Orientlage ein freundlicheres Gepräge aufdrücken, als es dieselbe seit geraumer Zeit getragen hat. — Die bulgarische Regierung hat der serbischen Regierung geantwortet, sie müsse, weil die serbischen Waffenstillstands-vorschläge nichts Sicheres und Bestimmtes enthielten, ihre Gegenvorschläge aufrechterhalten und werde, falls sie binnen 24 Stunden keine Antwort erhalte, den Großmächten Bericht erstatten, auf deren Anordnungen sie die Feindseligkeiten eingestellt habe. — In Philippopol hielten am Mittwoch mehrere aus der Provinz eingetroffene Deputationen eine Versammlung ab, in welcher sie ein Komitee ernannten, welches die Regierung zur Erreichung der vollständigen Union unterstützen soll. In den Fürsten Alexander wurde ein Telegramm geschickt, in welchem derselbe nach Beglückwünschung zu den errungenen Siegen von der Ernennung des Komitees benachrichtigt und gleichzeitig der Entschluß ausgesprochen wurde, die Union unter einem so tapfern Führer dauernd herzustellen.

Die türkische Regierung ist bemüht, auf die Wiederherstellung des Friedens hinzuwirken. Nadjid Pascha ist be-

auftragt worden, sich in außerordentlicher Mission zum Fürsten von Bulgarien zu begeben, bei welchem er zum Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Bulgarien und Serbien hinarbeiten soll. Die Worte hat dem Fürsten Alexander von dieser Ernennung Nadjid Paschas Mittheilung gemacht.

## Parlaments-Nachrichten.

Berlin, 9. Dezember.

Im Reichstage kam zunächst der Gesetzentwurf, betr. die Aenderung des Reichsbeamtengesetzes, in dritter Beratung zur Verhandlung. Die Debatte drehte sich um die Anträge, welche eine beschränkte rückwirkende Kraft des Gesetzes bezwecken. Auf Anträge bemerkte der Schatzsekretär v. Burchard, daß er nicht in der Lage sei, eine Erklärung Namens der verbündeten Regierungen darüber abzugeben, wie sich dieselben diesen Anträgen gegenüber verhalten würden. Ebenso müsse er aber auch, um Mißdeutungen vorzubeugen, davon absehen, seiner persönlichen Auffassung Ausdruck zu geben, um nicht dadurch falschen Schlüssen über die Stellungnahme der verbündeten Regierungen sowohl dieser Materie gegenüber an sich, als auch in Verbindung mit dem Militärpensions-gesetz Raum zu geben. Das Resultat der Spezialberatung war, daß dem im Uebrigen unveränderten Gesetzentwurf des Abg. v. Köller, abgesehen von formellen Modifikationen, ein Art. IV hinzugefügt wurde, welcher lautet: „Den Beamten, welche in der Zeit vom 1. April 1882 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Ruhestand eingetreten sind, wird die Pension, den Wittwen und Waisen, welche innerhalb dieses Zeitraumes den Anspruch auf Wittwen- und Waisengeld erlangt haben, das Wittwen- und Waisengeld vom 1. April 1886 nach Maßgabe des Artikels 11. dieses Gesetzes erhöht.“ Nachdem dann dieser Gesetzentwurf im Ganzen mit sehr großer Majorität angenommen war, begründete Abg. von Hellendorff (deutschl.) eingehend den von seiner Partei eingebrachten Antrag auf Einführung der fünfjährigen Legislaturperiode (statt der bestehenden dreijährigen) im Hinblick auf die Unzulänglichkeit der jetzigen Wahlverhältnisse. Abg. Kayser (sozialdemokrat) dagegen erkannte in dem deutschkonservativen Antrage den Versuch, die Volksrechte einzuschränken, und begründete dem gegenüber den sozialdemokratischen Antrag, die Legislaturperiode auf zwei Jahre einzuschränken. Das Wahlrecht sei das einzige Recht, an welchem alle Staatsbürger gleichmäßig Theil nehmen, und je öfter dieselben dieses Recht ausüben könnten, desto besser sei es, und wenn alle zwei Jahre gewählt würde, sei das Auslösungsrecht unnötig, deshalb wollten sie dasselbe gleichzeitig beseitigen. — Am 4 Uhr wurde die weitere Beratung auf Freitag vertagt.

Berlin, den 10. Dezember 1885.

Der Reichstag beendigte die Beratung der die Aenderung des Art. 24 der Reichsverfassung betreffenden Anträge. Abg. Richter bekämpfte in eingehender Weise den konservativen Antrag, der, wenn auch an sich vielleicht prinzipiell diskutabel, doch gegenwärtig vollständig unannehmbar sei. Gegenwärtig müsse man die Verfassung intakt erhalten, aus diesem Grunde gelte er auf den sozialdemokratischen Antrag gar nicht näher ein. Abg. Graf v. Behr-Wehrenhoff sprach Namens der Reichspartei. Er hätte es zwar für richtiger gehalten, daß solche Anträge, wie der des Abg. v. Hellendorff, von den nationalen Parteien vereint eingebracht würden, trotzdem stimmte er dem Antrage auf Einführung einer fünfjährigen Legislaturperiode bei, und das umso mehr, als dabei die Frage der Dauer der Etatsperiode ganz unberührt bleibe. Der sozialdemokratische Antrag bedeute im Grunde eine versteckte Volksabstimmung. Abg. Windthorst erklärte, daß das Centrum gegen beide Anträge stimmen werde, wenn man auch an sich eine Verlängerung der Legislaturperiode für geboten halten könne, so sei in der gegenwärtigen Situation doch jeder Versuch zurückzuweisen, an der Verfassung zu rütteln. Abg. Dr. Marquardsen legte dar, daß es sich lediglich um eine Zweckmäßigkeitfrage handle, ob die Legislaturperiode als eine drei- oder fünfjährige zu normiren sei. Die Nationalliberalen hielten dafür, daß die Verlängerung der Legislaturperiode die Wahlen in ruhigeren Bahnen leiten würde, und deshalb würden sie für den Antrag stimmen. Unter heftigen Vorwürfen gegen die Konservativen sprach der Abg. Meyer (Würtemberg) gegen den Antrag von Hellendorff den er als einen Angriff gegen die Volksrechte bezeichnete. Er erachtete aber auch den sozialdemokratischen Antrag nach Richtung und Ziel für verfehlt, und führte aus, man möge in Geduld die für die Revision der Verfassung günstige Zeit abwarten. Abg. Dr. Hänel (deutschl.) betonte, daß die Gründe, welche Herr Marquardsen heute angeführt, sämtlich 1867 auch bekannt gewesen seien. Das gleiche allgemeine Wahlrecht mache aber eine kurze Legislaturperiode nothwendig. Maßgebend für die kurzen Wahlperioden sei ferner der nationale Gedanke gewesen; der letzte und entscheidende Grund aber sei, daß jede solche Aenderung der Verfassung eine Minderung der Rechte der deutschen Volksvertretung bedeuten würde. Nachdem dann als Antragsteller noch die Abg. v. Hellendorff und Webel das Wort zu eingehender Widerlegung der gegen ihre resp. Anträge gemachten Einwendungen genommen hatten, war die Angelegenheit für heute erledigt; es werden die Anträge demnächst im Plenum zur zweiten Beratung gelangen. Schluß der Sitzung 6 Uhr. Freitag. Etat.